

«Die Reitschule bleibt besetzt»

Die Reitschule fühlt sich von den Sanktionen des Berner Gemeinderats «überrumpelt». Ob sie die ausstehende Miete zahlen wird, ist noch unklar.

Krawall hilft auch



Reitschülern und der Polizei. Foto: Karl-Heinz Hug

An der Haltung der (vielen) friedlichen Reitschüler gegenüber den (wenigen) gewaltbereiten zeigt sich das Dilemma, in dem die Reitschule heute steckt. In den 80ern haben die damals Bewegten den «Freiraum» einer bürgerlich dominierten Stadt abgetrotzt. Ziel und Gegner waren klar. Heute ist es komplizierter. Seit mehr als 20 Jahren ist Bern rot-grün. Fünfmal haben sich die Stimmbürger für die Reitschule ausgesprochen. Viele Freiheiten, um die damals hart gekämpft wurden, sind heute selbstverständlich.

Ansammlung von Ausgehlokalen

Man kann die trotzdem immer wiederkehrenden Krawalle als einen Akt der Selbstvergewisserung lesen. Ein kleines Grüppchen vereinfacht sich die Realität so lange zurecht, bis auch der heutige Gemeinderat und die heutige Polizei ein Feindbild abgeben, gegen das es sich zu kämpfen lohnt.

Die grosse Mehrheit sieht das zwar pragmatischer, doch hilft der Krawall auch den Friedlichen, ihr Bild der Reitschule als Ort der Auflehnung aufrechtzuerhalten. Sie heissen die Gewalt nicht gut, aber sie mögen sie auch nicht in aller Deutlichkeit verurteilen oder gar der Polizei helfen, die Randalierer zu fassen. Ohne das Ritual wäre die Reitschule nichts anderes mehr als eine Ansammlung erfolgreicher Ausgehlokale. Deshalb suchen auch die nicht militanten Reitschüler die Schuld bei der Polizei und nicht bei denen, die die Steine geworfen haben.

Bewegte Geschichte eines Jugend- und Kulturzentrums in Bildern

www.reitschule.derbund.ch

Sophie Reinhardt

Nach den Krawallen vor einer Woche und den daraufhin angekündigten Subventionskündigungen der Stadt meldete sich gestern die Interessensgemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur) erstmals zu Wort. An einer eigens einberufenen Medienkonferenz präsentierte sie ihre Sicht der Dinge und kritisierte Polizei, Stadt und Medien, welche ein «Sicherheitsproblem der Reitschule» heraufbeschworen hätten. Zahlreiche Fragen um die Zukunft der Institution blieben aber unbeantwortet.

Gleich zu Beginn der Medienkonferenz distanzieren sich die Reitschulbetreiber von den Attacken auf Polizisten letzten Samstag: «Es geht uns nicht darum, die Geschehnisse zu verharmlosen», sagte eine Sprecherin. Gewalt gegen Personen würden sie verurteilen – aber eben jegliche Gewalt. Damit kritisieren die Reitschüler im gleichen Satz auch die Polizei, welche bei ihrem Einsatz Tränengas und Gummischrot eingesetzt hatte. Die Vertreter der Ikur verneinen zudem vehement, die Personen zu kennen, die am vergangenen Samstag Steine und Flaschen vom Dach auf Einsatzkräfte geworfen hatten: «Die Gruppe ist uns unbekannt.» Die Dachstock-Sicherheitsleute würden bei Krawallen auf dem Vorplatz auch nicht von ihren Posten im Haus abberufen, denn die Sicherheit der Besucher habe Vorrang vor der Ergreifung von Tätern. Auch der Vorwurf, dass das Dach zu einfach zu besteigen sei, lässt man beim alternativen Kulturzentrum nicht gelten. «Wir haben auf dem Dach Stacheldraht installiert, um dem entgegenzuwirken.» Doch wenn man wolle, komme man immer irgendwie auf das Dach.

Nicht «zielführend»

Die Reitschule bestätigte gestern, dass sie in einem auf Donnerstag datierten Schreiben eine Betriebs- und Kündigungsandrohung vonseiten Immobilien Stadt Bern erhalten habe. «Wir wurden damit überrumpelt, denn wir erfuhren zuerst aus den Medien davon», sagte Mediensprecher Christoph Ris. Man erachte diese Kommunikation der Stadt

nicht als «zielführend». Wie die Reitschule die seit Anfang Jahr anfallende Miete nun bezahlen wird, ist unklar: «Diese Entscheidung wird nicht von einer Person allein getroffen», sagt Ris. Aufgrund der Strukturen der Reitschule müsse zuerst ein Konsens gefunden werden, erst danach könne man darüber informieren. Was man jetzt schon sagen könne sei: «Die Reitschule ist seit 27 Jahren ein besetztes Haus, und daran wird sich auch nichts ändern.»

Kontakttelefon funktioniert nicht

Auf die Frage, was die Reitschule denn nun konkret unternehmen werde, um solche Krawalle in Zukunft zu verhindern, folgte kurz Stille: «Die Polizei soll keine präventiven Aktionen starten», sagte der Mediensprecher dann. Doch darauf lässt sich die Polizei wohl nicht ein: «Wir werden unsere Arbeit gestützt auf die geltenden Gesetze und den durch die politischen Behörden gesetzten Auftrag auch weiterhin ausüben. In welcher Form, lassen wir offen», heisst es bei der Kantonspolizei auf Anfrage.

Überhaupt scheinen die beiden Parteien nicht zu einer Kooperation fähig: Die Polizei habe sich sowohl am Freitag wie auch am Samstagabend unkooperativ gezeigt, klagen die Reitschüler. So funktioniere das offizielle Kontakttelefon nur als einseitiges Kommunikationsmittel der Polizei, kritisierte der Sprecher der Ikur.

Am Freitag habe man die Polizei per Telefon darum gebeten, den Einsatz gegen eine kleine Demonstration abzubauen, weil ein «Eskalationspotenzial» bestehe. «Als Antwort haben wir zu hören bekommen, der Einsatzleiter wisse schon, was er mache.» Darauf angesprochen, heisst es bei der Polizei: «Es ist nicht Sinn und Zweck des Kontakttelefons, dass die Reitschule die Polizei abbestellen kann, nur weil einzelne Exponenten die blosse Präsenz auf einem Parkplatz als Provokation empfinden», so Polizeisprecher Christoph Gnägi. Offenbar waren die Reitschüler in der Folge leicht betupft. So weigerten sie sich tags darauf, das Telefon abzunehmen, als die Polizei sie wegen der Krawalle anrufen wollte.



Wo im Dachstock sonst getanzt wird, informieren Christoph Ris sowie Carmen (links) und Samira, die sich nur mit Vornamen vorstellten. Foto: Franziska Rothenbühler

Reitschulinitiative eingereicht

Zweifel an der Gültigkeit einer «abwegigen Konstruktion»

Mit der Initiative würde ein bestehendes Gesetz umgepol. Das sorgt bei Juristen für Widerspruch.

Simon Wälti

SVP-Nationalrat Erich Hess wirbt mit dem Slogan «Keine Steuergelder für die Berner Reithalle» für seine Initiative. Diese will der Stadt Bern den Geldhahn aus dem Finanz- und Lastenausgleich des Kantons Filag mehr oder weniger zudrehen. Gestern reichte die Junge SVP des Kantons Bern 17 500 Unterschriften bei der Staatskanzlei ein (siehe auch Artikel rechts). Man wolle «Druck auf die Stadt Bern» ausüben, sagte Hess. Damit der Druck wirkt, hat er eine drastische Strafe vorgesehen: Falls die Stadt Einrichtungen wie die Reitschule auf ihrem Gebiet duldet, «von denen notorisch konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen», sollen der Stadt die Zuschüsse um 55 Millionen Franken pro Jahr gekürzt werden. In der



Erich Hess
SVP-Nationalrat
und Präsident des
Initiativkomitees

Hauptsache geht es um die Zentrumslasten, welche zu drei Viertel gekürzt würden.

Die Höhe der Kürzung und die Verankerung im Filag lösen bei Juristen jedoch Widerspruch aus, sodass sich die Frage nach der Zulässigkeit der Initiative stellt. «Ich habe grosse Zweifel, ob das verhältnismässig ist», sagt zum Beispiel der Staatsrechtler Peter Hänni, Professor an der Universität Freiburg. Bei Fussball- oder Eishockeyspielen müssten sich die Clubs zwar an den Sicherheitskosten beteiligen, aber «sicher nicht mit 55 Millionen». Der Betrag gehe also weit über das hinaus, was man «in guten Treuen» als Kosten der Reitschule für die öffentliche Hand annehmen könne, so Hänni. Auch nach den Vorfällen vom letzten Wochenende. Zudem sei nur eine starre Kürzung und keine Abstufung nach Schwere der Vorkommnisse vorgesehen.

«Ein zulässiges Instrument?»

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt sagte Pierre Tschanen, Professor an der Universität Bern, die Sanktion sei «stark übertrieben» (siehe «Bund» vom 28.10.2015): «Die Initiative verletzt die Verhältnismässigkeit in krasser Weise.» Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit steht in der Bundesverfassung. Nicht so bestimmt äussert sich Rechtsprofessor Andreas Glaser von der Universität Zürich. Die Verhältnismässigkeit sei ein sehr weiter und dehnbarer Begriff. Hauptproblem ist für Glaser, dass die Initiative im Widerspruch zum Filag steht. Das Gesetz bezweckt, «die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der

Belastung der Gemeinden zu mildern und ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben.» Dieses Ziel sei auch durch die bernische Verfassung vorgegeben, argumentiert Glaser. Die vorgeschlagenen Artikel würden diesen Zweck unterlaufen. Es stelle sich die Frage: «Ist das Filag ein zulässiges Instrument, um gegen Sicherheitsprobleme bei der Reitschule vorzugehen?»

Auch Peter Hänni hält diese Frage für zentral. «Das Filag ist nicht der richtige Ort für eine Regelung, die unerwünschtes Verhalten bestraft.» Diese Frage falle eher in den Bereich der Gemeindeaufsicht. In diesem Fall müsste der Kanton aber vor einer Sanktion zuerst seine Absichten konkretisieren und dann erst finanzielle Konsequenzen androhen. Das Filag hält ausserdem auch fest, dass die Zuschüsse «ohne Zweckbindung» ausge-

richtet werden. Diesen Punkt würde die Reitschulinitiative zumindest infrage stellen. Überdies könnte auch die Anwendung zu einem Problem werden, denn der Regierungsrat müsste jeweils eine Verfügung erlassen, wonach die Mittel für die Stadt Bern zu kürzen seien. Möglicherweise verändert sich aber die Sicherheitslage rund um die Reitschule laufend.

Für Peter Hänni lautet darum das Fazit: «Bei der Initiative handelt es sich um eine widersprüchliche, ja abwegige Konstruktion.» Für Andreas Glaser von der Universität Zürich wäre es «ratsam», ein Gutachten zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative erstellen zu lassen. Zu einem späteren Zeitpunkt muss der Grosse Rat des Kantons Bern entscheiden, ob er das Begehren dem Stimmvolk vorlegen oder für ungültig erklären will.

Hess Sammlung ist «sehr gut verlaufen»

Bei einer Volksabstimmung hält SVP-Nationalrat Erich Hess ein Ja für gut möglich. «Die Chancen stehen nicht schlecht, dass wir das an der Urne durchbringen.» Nach den Ereignissen des letzten Wochenendes mit elf verletzten Polizisten habe er sehr viele Rückmeldungen erhalten. «Bei vielen hat ein Meinungsumschwung gegen die Reitschule stattgefunden.» Die Sanktionen des Gemeinderats gegen die Betreiber der Reitschule hält Hess für eine «Farce». Es werde sich faktisch nichts ändern. Dass die Stadt aber überhaupt Massnahmen ergreife, liege an der Initiative der Jungen SVP. Die Unterschriftensammlung sei «sehr gut verlaufen». Die Leute hätten vor

allem auf dem Land sofort unterschrieben. Auch in Bern sei es relativ einfach gewesen. «Natürlich war aber die Sammlung in Quartieren wie der Lorraine oder im Breitenrain schwieriger als etwa in Bümpliz», sagte Hess gestern bei der Übergabe der insgesamt 17 500 Unterschriften. Bei einer kantonalen Initiative sind 15 000 Unterschriften nötig.

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern können wohl frühestens Ende 2017 über die Initiative befinden. Der Regierungsrat hat nun ein Jahr lang Zeit, die Initiative dem Grosse Rat vorzulegen. Falls die Kantonsregierung einen Gegenvorschlag ausarbeitet, verlängert sich diese Frist um sechs Monate. (wal/sda)